



## Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Rat	10.02.2009	3.4

Anlass:

- Mitteilung der Verwaltung
- Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung
- Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

### Anfrage der Fraktion Die Linke Köln betreffend "Sozialtarif Strom/Gas"

Eine umfassende Beantwortung der o.a. Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln ist in der Gesamtheit zur Sitzung des Rates am 10.02.2009 nicht möglich, da für die Beantwortung einzelner Fragen (Frage 3), noch erhebliche Ermittlungen angestellt bzw. Kontakt mit der RheinEnergie aufgenommen werden muss.

Vorbemerkung:

Es ist nicht richtig, wie im Vorspann der Fragen aufgeführt, dass im Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters für das 1. Halbjahr 2008 „lediglich“ über 1. Verhandlungen mit der RheinEnergie berichtet wurde und die RheinEnergie nach diesen Verhandlungen zunächst eine ablehnende Haltung zur Einführung eines Sozialtarifes geäußert habe.

Richtig ist vielmehr, dass in diesem Halbjahresbericht insb. bereits zur Umsetzung der EU-Richtlinie zum Elektrizitäts-Binnenmarkt berichtet wurde und auch welche Maßnahmen die Stadtverwaltung ergreift, um Zählersperrungen zu vermeiden. Gleichwohl wurde auch die Position der RheinEnergie beschrieben und mitgeteilt, dass weitere Gespräche mit der RheinEnergie geführt werden sollen. Dabei soll erörtert werden, wie das Beratungs- und Förderangebot der RheinEnergie so entwickelt werden kann, dass eine Entlastung der Zielgruppe durch Energieeinsparung erreicht werden kann.

Zu den einzelnen Fragen:

Frage 1

Was ist die Antwort der Verwaltung auf die von RheinEnergie vorgetragene Position? Hat die Verwaltung inzwischen weitere Gespräche mit RheinEnergie über die Einführung von Sozialtarifen geführt? Falls ja, wie sieht der aktuelle Diskussionsstand aus? Falls nein, warum fanden keine weiteren Gespräche statt?

Stellungnahme der Verwaltung:

Aus Sicht der Verwaltung ist die ablehnende Haltung der RheinEnergie zur Einführung eines nur für dieses Unternehmen geltenden Sozialtarifes nach den von der RheinEnergie vorgebrachten Argumenten (Konkurrenzsituation zu anderen Unternehmen, Begünstigungen bestimmter Kundengruppen zu Lasten anderer Kundengruppen und der Bewertung als umweltpolitisches falsches Signal) nachvollziehbar.

Es wurden mit der RheinEnergie weitere Gespräche geführt, mit dem Ziel ein Modell zu entwickeln, dass ein Beratungs- und Förderangebot speziell für die Zielgruppe erarbeitet. Kurzfristig stehen weitere Gespräche an, in die neben der RheinEnergie auch eine große Wohnungsgesellschaft einbezogen wird. Abstimmungsgespräche mit dem Ziel der Durchführung eines Modellprojektes sind terminiert.

Frage 2

Laut Antwort vom 14.08.2008 auf unsere Anfrage im Ausschuss für Soziales und Senioren kam es in 2007 zu etwa 5.000 Versorgungsunterbrechungen durch RheinEnergie.

Welche Maßnahmen plant die Verwaltung, um die Zahl der Zählersperrungen bzw. Überschuldungen von Menschen mit hohen Energierechnungen zu senken? Hat die Verwaltung Kontakt zur Verbraucherberatung aufgenommen?

Stellungnahme der Verwaltung:

Die tatsächliche Situation zu den Zählersperrungen wurde in der Beantwortung der Anfrage am 14.08.2008 ausführlich dargestellt. Auf die gesetzlichen Möglichkeiten durch Kostenübernahme Zählersperrungen zu verhindern, wurde ebenfalls detailliert eingegangen. Für überschuldete Haushalte gibt es in der Stadt ein breites Beratungsangebot, das in erheblichem Umfang über städt. Mittel finanziert wird.

Die Verwaltung hat keinen Kontakt mit der Verbraucherberatung aufgenommen, da – wie in der Beantwortung der Anfrage vom 14.08.2008 aufgeführt ist – sich keine steigende Tendenz hinsichtlich der in Zahlungsverzug befindlichen Kunden der RheinEnergie feststellen lässt und auch – wie ebenfalls aus der Beantwortung erkennbar ist – die Zahl der Fälle, in denen die Verwaltung im Rahmen ihrer gesetzlichen Möglichkeiten eingreifen musste, nur sehr gering ist.

Frage 3

Gibt es neue Überlegungen und Positionen seitens der EU? Welche Regelungen gibt es in europäischen Nachbarländern? Welche Modelle von Sozialtarifen sind in der BRD bereits realisiert?

Stellungnahme der Verwaltung:

Diese Überlegungen und Positionen müssen noch abgefragt werden.

Frage 4

Wie ist der aktuelle Diskussionsstand in der Kölner Verwaltung zur Förderung der Anschaffung von neuen, energiesparenden Elektrogeräten durch private Haushalte?

Stellungnahme der Verwaltung:

Durch den bestehenden Rahmenvertrag der Sozialverwaltung zur Ersatzbeschaffung von Weißgeräten für SGB II und XII-Leistungsbeziehern ist sichergestellt, dass nur energie-

sparende Geräte angeschafft werden. Für weitergehende Maßnahmen sieht der Haushaltsplan z. Z. keine Ermächtigung vor.